



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Schule und Weiterbildung	18.01.2010	

Schulentwicklungsplan

Die CDU-Fraktion bittet mit Blick auf das Auslaufen des bisherigen Schulentwicklungsplanes im Jahr 2010 um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie weit sind die Planungen für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes?
2. Wann werden die politischen Gremien beteiligt?

Antwort der Verwaltung:

In den vergangenen Monaten und Jahren sind durch die Schulentwicklungsplanung eine Vielzahl von strategischen Entscheidungen vorbereitet und herbeigeführt worden, die die Bildungschancen in Köln nachhaltig verbessern werden. Hierzu seien beispielhaft genannt:

- Ganztagsinitiative des Landes NRW. Standortkonzept und Erarbeitung / Begleitung der Beschlussvorlage bis zum Antrag, mit dem Ergebnis, dass insgesamt 23 Realschulen und Gymnasien ab den Jahren 2008/09 und 2010/11 in den gebundenen Ganztag wechseln dürfen.
- Entwicklung und Begleitung des Konzeptes für die Kompetenzzentren für Sonderpädagogische Förderung für die Pilotphase, mit dem Ergebnis, dass 2 von 20 Pilotprojekten Landesweit in Köln realisiert werden.
- Motivation von Schulen, inklusive Unterrichtsangebote einzuführen (u.a. Ausweitung der sonderpädagogischen Förderung an allgemeinen Schulen)
- Konzeption und Präsentation der neuen Schulbauleitlinie
- Herbeiführung des Errichtungsbeschlusses für die neue Gesamtschule in Nippes, sowie der noch andauernden Nachbearbeitung.
- Standortkonzeptionen und schulentwicklungsplanerische Stellungnahmen zu Schulbauprojekten (Neubau, Erweiterung, Umnutzung von Schulstandorten und Verlagerung von Schulen)
- u.v.m.

Die v.g. Projekte sind Teilaspekte des Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplans. Als Ent-

scheidungsgrundlage waren bei jedem Einzelfall aktuelle Prognosen und Entwicklungstrends dargestellt.

Diese aktuellen Schulentwicklungsprojekte waren z. T. sehr umfangreich und zeitintensiv. Sie hatten absoluten Vorrang. Dennoch soll der erste integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan den politischen Gremien im Jahr 2010 vorgelegt werden.

gez. Dr. Klein